

# Giftgas ist eine Angriffswaffe

Von Barbara Kamrad

Wenn es ein Spielfilm wäre, müßte er ins Nachtprogramm: Science fiction brutal. Der böse Feind wird ausgeschaltet. Im besten Fall ist es nur Trängas, das ihn weinen und brechen statt schießen läßt. Ein Grad schärfer ist der Psychokampfstoff BZ: Soldaten haben plötzlich Halluzinationen, wissen nicht mehr, wo sie sind und was zu tun ist. Nach der geistigen Verwirrung kommen Krämpfe. Minuten später Exitus.

Daß Kämpfer kampfunfähig gemacht werden, reicht vielleicht nicht aus. Also nimmt man ihnen Lebensraum, Boden und Existenz; Herbizide besorgen das, harmlos „Entlaubungsmittel“ genannt. Sie machen aus fruchtbaren Landstrichen öde Wüsten, verändern Klima und Wasserhaushalt. Wer den totalen Sieg der Chemischen Waffen überlebt, ist nicht viel besser dran als die Toten: Spätfolgen sind ihm sicher wie Krebs, Erbschäden und Mißbildungen noch bei den Kindern. Ein Action-Film – gut, daß er nur gespielt ist. Man kann abschalten und ins Bett gehen. Kann man nicht. Denn es ist kein Film. Es gibt diese Waffen, es gibt ihre Auswirkungen. Und man braucht nicht einmal einen Bösewicht im All, man braucht überhaupt keinen Krieg, sondern nur – einen Unfall, eine Panne, mitten im Frieden, mitten in bewohntem Gebiet: in der Pfalz, oder bei Mannheim, oder bei Hanau.

## Sechstausend Schafe gingen ein

Es hat einen Unfall mit chemischem Kampfstoff gegeben, vor vierzehn Jahren im dünnbesiedelten US-Bundesstaat Utah. Da waren Behälter mit Kampfstoffmunition undicht geworden, Gift trat aus. Sechstausend Schafe gingen dabei ein. „Es hätten auch sechstausend Menschen sein können“, sagt der promovierte Chemiker Alfred Schempf vom Münchner Institut für Internationale Friedensforschung vor dreitausend Zuhörern in der Pirmasenser Messehalle. Das war im November vergangenen Jahres. Länger schon dauert der Kampf des rheinland-pfälzischen DGB-Vorsitzenden Julius Lehlbach gegen Land und Bund. Und er dauert an. Denn nicht von ungefähr kommen Bürger in Pirmasens zusammen. In der Westpfalz – schöne Landschaft, heile Welt – werden drei Giftgaslager vermutet: in Massweiler, in Fischbach, in Clausen. Alle drei Orte gehören zum Landkreis Pirmasens.

Der Protest gegen die Giftgasdepots der US-Streitkräfte aber mobilisiert nicht nur Anrainer. Aus dem Hunsrück und dem Westerwald, aus dem Hessischen und vom Rhein waren die Gewerkschafter schon im Herbst '81 in die Metropole der Schuhindustrie gekommen. Für Bern-

hard Vogel, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, monieren die Protestler etwas, was es nicht gibt. An Julius Lehlbach schrieb der Landesvater: „... und hoffe, es trägt zur Verringerung Ihrer Sorge und zur Versachlichung des Gesprächs bei, wenn ich Ihnen gegenüber wiederhole, daß nach meinen Erkenntnissen bei Fischbach keine Giftstoffe lagern.“

Anderer Leute Erkenntnisse sind schlechter zugänglich. Zuständig für Lagerung von Kampfstoffen der Alliierten ist auf deutscher Seite allein die Bundesregierung. Von ihr erhielt Bernhard Vogel den bündigen Bescheid, „daß sie aus Gründen der militärischen Geheimhaltung auf Anfragen keine Auskunft erteile und auch falsche Angaben nicht dementiere“. Die Bevölkerung erscheine jedoch „nach menschlichem Ermessen nicht gefährdet“. Wieso, überlegt nun der DGB-Mann Lehlbach, macht man sich Gedanken über die Gefährdung des Volkes, wenn es gar keine Giftgasdepots gibt? Um die Verwirrung komplett zu machen, bestreitet der Ministerpräsident etwas, was nicht einmal in Bonn geleugnet wird. Im umfangreichen Briefwechsel des streitbaren Gewerkschaftsvorsitzenden aus Mainz, im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet, findet sich auch ein Schreiben des damaligen Chefs des Bundeskanzleramtes, Manfred Lahnstein (Aktenzeichen 23-378 01-b11), der die Haltung der Bundesregierung zur „C-Waffen-Problematik“ mit deren Antwort auf eine Anfrage im Bundestag umreißt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist Vertragspartei des Genfer Protokolls von 1925, das den Ersteinsatz von B- und C-Waffen verbietet. Darüber hinaus hat sich die Bundesrepublik Deutschland seit 1954 freiwillig völkerrechtlich verpflichtet, keine ABC-Waffen auf ihrem Staatsgebiet herzustellen. Sie setzt sich zudem in besonderer Weise seit Jahren für ein umfassendes C-Waffen-Verbot in den internationalen Gremien für Rüstungskontrolle und Abrüstung ein.“

Aber Lahnstein schreibt auch: „Diese ständigen Bemühungen werden in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, daß eine beschränkte Menge von US-C-Kampfstoffen in Übereinstimmung mit dem Nato-Truppenstatut und dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland gelagert wird.“ Julius Lehlbachs Kommentar: „Wie kläglich ist es um die Souveränität dieser Bundesrepublik bestellt, wenn sie Massenvernichtungsmittel, die sie verabscheut und nicht produziert, im eigenen Land dulden muß.“ Den Vertrag mit den US-Streitkräften hält er schlicht für „sittenwidrig“.

Bei seiner Kampagne „kein Giftgas in Rheinland-Pfalz“ beruft er sich vor allem auf amerikanische Senatoren wie den Republikaner Mark O. Hatfield, der für Informationen über die Depots sorgte und Kirchen wie Gewerkschaften zum Widerstand gegen die Lagerung der C-Waffen aufrief. Am 1. Juni ist eine Frist abgelaufen, die Lehlbach der Bundesregierung gesetzt hatte, in Sachen Giftgas tätig zu werden. Nun ist er es leid, Politiker zu bestürmen, die Ängste der Bürger ernstzunehmen. Zusammen mit Pfarrern und

Bürgermeistern klagt er vor dem Bundesverfassungsgericht: „Giftgas ist eine Angriffswaffe und hat nach Artikel 26 des Grundgesetzes, der das Verbot der Friedensstörung beinhaltet, keinen Platz in der Bundesrepublik.“ Ein Gutachten des Arbeits- und Wirtschaftsrechtlers Professor Dr. Wolfgang Daeubler von der Universität Bremen liegt seit April vor.

## Ein Volksfest gegen die chemische Bombe

Unterstützt wird Lehlbach weidlich. Der Friseurmeister Waldemar Stadtherr aus Pirmasens und der Saarbrücker Pfarrer Günther Heipp haben für ein Volksfest gegen das Giftgas in Massweiler am 3. Juli 900 Gruppen und Einzelpersonen auf die Beine gebracht. Stadtherr, bislang unpolitisch, aber mit deutlicher Erinnerung an Phosphorbomben im Zweiten Weltkrieg, gerät zuweilen schon im Dienst am Haar in Gewissenskonflikte: es falle ihm zunehmend schwer, jemandem die Frisur einzulegen, von dem er weiß, daß ihn die chemische Nachrüstung kalt lasse. Eines aber tröstet ihn: daß es das Giftgas in der Westpfalz überhaupt nicht gibt, das wird in Zukunft so leicht nicht mehr über Politikerlippen kommen. Denn auf Anfrage des französischen Abgeordneten Jean Oehler aus dem Département Bas-Rhin hat mit Datum vom 25. Februar dieses Jahres Frankreichs Außenminister Claude Cheysson an ihn geschrieben:

„... Sie haben mich sowie meine Kollegen für Gesundheit und Umweltschutz auf die Gefahren aufmerksam gemacht, denen die französische Grenzbevölkerung ausgesetzt ist aufgrund des amerikanischen Depots für Chemische Waffen, das sich auf bundesdeutschem Gebiet befindet. Unser Verteidigungsminister wies vor kurzem darauf hin, daß die Verwaltung von chemischen Waffendepots nicht in der Kompetenz der französischen Behörden liegt, da Frankreich nicht mehr Mitglied der NATO ist. Jedoch meinen diese Behörden aufgrund der Informationen, die ihnen vorliegen, daß sowohl die deutschen wie die amerikanischen Behörden alle erforderlichen Sicherheiten getroffen haben...“ (Übersetzung Auszug)

So sicher sind Cheysson's Wähler da nicht. Das Depot Fischbach etwa liegt so nahe an der Grenze, daß man von Frankreich aus gut hineinschauen kann – von deutscher Seite aus nicht. Unlängst hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, Sitz Straßburg. Von ihr stammen Pläne des Lagers mit exakter Angabe der Entfernungen zu den nächsten Ballungszentren: 10 Kilometer bis Pirmasens, 30 bis Kaiserslautern, 35 bis Karlsruhe, 40 bis Straßburg und Saarbrücken.

„Vermehrte Beachtung und eine aufmerksame Diskussion“ über chemische Kampfstoffe haben auch die Delegierten der 22. Konferenz „Kirchen am Rhein“ vor ein paar Wochen in den Vogesen

hatten freigesprochen Dioxin-Chlor hatten dort zur Katastrophe geführt  
In seiner Rede vor dem Bundestag wurde die gesamte Deutsche Gewerkschaftsbund. Auf dessen Kongress in Berlin war beschlossen – nach einem Referat über Fischbach.